

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltenen Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 105

Bad Schandau, Freitag, den 20. Juni 1919

63. Jahrgang

Fleischversorgung.

1. Infolge ungenügender Ablieferung von Schlachtvieh kann in der laufenden Woche Frischfleisch wiederum nur in einem Teile des Bezirks ausgegeben werden. Es erhalten in den Schlachtbezirken Pirna, Copitz, Mügeln und Bergglesschubel auf die Marken 1 bis mit 8 der Reihe R der Reichsfleischkarte Personen über 6 Jahre 125 Gr. Frischfleisch oder Büchsenleberwurst.

In den Schlachtbezirken Sebnitz, Neustadt, Königstein, Schandau, Stolpen und Wehlen werden auf die Marken 1 bis mit 8 50 Gr. Büchsenleberwurst und 100 Gr. Graupen ausgegeben.

Personen unter 6 Jahren erhalten je die Hälfte dieser Mengen.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Die Ware wird zugewogen; Gefäße zur Abholung sind mitzubringen.

Der Kleinverkaufspreis beträgt für Büchsenleberwurst 4 Mk., für Graupen 44 Pf. für das Pfund.

2. Ausserdem werden in sämtlichen Schlachtbezirken auf Abschnitt 2 der Einfuhrzusatzkarten I an die in den Kundenlisten der Fleischer eingetragenen Personen über 6 Jahre 100 Gr., an Personen unter 6 Jahre 50 Gr. ausländisches Hammelfleisch verteilt. Der Kleinverkaufspreis beträgt für die Bezugberechtigten der Klasse A/B 1,40 Mk., der Klasse C 1,60 Mk. und der Klasse D 1,92 Mk. für 100 Gr.

Pirna, am 19. Juni 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Pflichtfeuerwehr.

Nächsten Sonntag, den 22. Juni 1919, vormittags punkt 10 Uhr Antreten sämtlicher Abteilungen auf ihren Stellungsplätzen — Hydranten-Abteilung, Zubringer I und Wach-Abteilung in Mertigs Grundstück und Zubringer II und Arbeiter-Abteilung im Neupark hinterm Bade — zur Inspektion.

Binden sind anzulegen.

Schandau, am 19. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Sonnabend, den 21. Juni:

Auslands-Speisefett bei den Fleischern nach Kundenliste — 50 Gramm auf Einfuhrzusatzkarte I Abschnitt 1. Preis das Pfund 6,20 Mk.

Graupen an Stelle der fehlenden Kartoffeln — 700 Gramm auf Kartoffelmarke Abschnitt J bei Haaso.

Inlandsmehl. Die Inhaber von Bezugskarten I für inländisches Weizenmehl können bei allen Kaufleuten ein Pfund davon auf Abschnitt 1 bis spätestens Sonnabend abend entnehmen.

Schandau, den 20. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die unklare Fassung der neuen Note der Entente macht noch eine Rückfrage in Versailles nötig.

* Ein Gesetzentwurf über Bildung von Landkantonten ist der Nationalversammlung zugegangen.

* Der Abbau der Zwangswirtschaft wird weiter fortgesetzt.

* Infolge der Ausschreitungen in Erfurt ist über die Stadt der Belagerungszustand verhängt.

* Die Franzosen beansichtigen im besetzten Gebiet die Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland.

* Die deutschen Zeitungsverleger haben einen Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungs- und Verlagswesen gegründet, dem 1352 Zeitungen beitreten.

* Der französische Senat hat den Entwurf für Einführung des Achtstundentages im Bergbau mit einzelnen Abänderungen angenommen.

* Die Entente hat ein neues Ultimatum an die ungarische Räterepublik gerichtet.

Wolfs Telegraphenbüro meldet am 20. Juni 1919:

Aus Weimar, den 20. G., 1 Uhr 10 Min. morgens. Das Kabinett ist soeben zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Und dennoch?

Nun kein Mundspitzen mehr hilft und gerügt, nun gepöffelt werden muß, läßt die Neigung zu großen Worten, soweit die Berichte aus Weimar darüber ein Urteil zulassen, in den Kreisen der zur letzten Entscheidung berufenen Parteien mehr und mehr nach. Man wird still und immer stiller, schließt sich in den vier Wänden der Fraktionszimmer vor der Öffentlichkeit ab und prüft und überlegt. Kein wildes Aufschäumen mehr gegen die Schmach der Demütigung, gegen den nackten Gewaltfrieden, der uns auch jetzt noch, trotz des deutschen Entgegenkommens bis an die äußerste Grenze des Möglichen, des Tragbaren, des Erfüllbaren zugemutet wird, gegen das ungeheuerlichste Schuldbekenntnis, das im Widerspruch mit der nachweisbaren, ja bereits hundertmal nachgewiesenen Wahrheit dem deutschen Volk abverlangt wird, gegen die Forderung der Auslieferung von Deutschen an ausländische Gerichte zur Aburteilung und Bestrafung. Die Parteien verhandeln mit sich selbst, untereinander, mit der Regierung, und bis zum Wochenschluß wird es sich endlich entschieden haben, wie die Würfel in Weimar fallen sollen. Einige Anzeichen scheinen dafür zu sprechen, daß sich in der Nationalversammlung eine kleine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedens von Versailles finden könnte.

Es fällt gewiß unendlich vielen Volksgenossen schwer, bei dieser Vorstellung innerlich und äußerlich die Ruhe zu bewahren; doch wird auch das deutsche Volk in allen seinen Teilen gut daran tun, mit möglichster Leidenschaftslosigkeit den Entscheidungen der nächsten Tage entgegenzugehen. Vor allen Dingen keinen Augenblick zu verzagen, daß die Männer, in deren Hand jetzt unser Schicksal liegt, sicherlich ihr Vaterland lieben und wie sie auch ihre Stimme abgeben werden, sich nur von heißer Sorge um die Zukunft unseres Volkes leiten lassen wollen. Dann aber müssen wir wohl auch zugeben, daß,

so sehr unser Herz auch in Wallung gerät, wenn wir nur an Ton und Inhalt des „letzten Wortes“ denken, das soeben aus Versailles zu uns herüberklang, doch nur der tühle Verstand den Ausschlag geben darf, nicht die Fülle unserer Empfindungen, wo schon der nächste Augenblick die entsetzlichsten Möglichkeiten für unsere Frauen und Kinder zur Wirklichkeit werden lassen kann. Und schließlich: daß wir uns nicht mit vagen Hoffnungen, mit mehr oder weniger luftigen Einbildungen über gähnende Abgründe hinweghelfen können, das sollte nach den tieferen Erfahrungen der letzten Jahre sich für jeden von uns nachgerade von selbst verstehen. Wir müssen den Dingen ins Gesicht sehen, so wie sie sind, und danach unsere Entscheidung treffen — oder doch wenigstens aus diesem Zwange heraus die Haltung derjenigen beurteilen, die vielleicht, am Ende aller Enden, mit einem schmerzvollen Ja den schwersten Seelenkampf zum Abschluß bringen, der jemals einem deutschen Patrioten auferlegt worden ist. Wer sich selbst frei fühlt von Schuld und Fehle, der hebe den ersten Stein gegen sie...

Noch allerdings ist nichts entschieden, noch weiß man nicht einmal, ob die Regierung mit einem klaren Entschluß vor die Nationalversammlung hinzutreten oder sich von ihr die Marschroute vorschreiben zu lassen gedenkt. Schon werden Namen genannt von Männern, die gehen, und solchen, die kommen sollen. Ob die Regierungsparteien geschlossen auftreten oder die Abstimmung in diesem Falle freigegeben werden, scheint auch noch nicht festzulegen; die allezeit geschäftigen Rechenkünstler wollen wissen, daß bereits eine geringe Mehrheit — etwa 200 gegen 180 Stimmen — für die Unterzeichnung gesichert sei. In Berlin sind die Sachverständigen aller Gebiete rasch noch einmal zusammengetrommelt worden, ihr Botum wird vor der endgültigen Beschlussfassung mit der Luftpost nach Weimar gebracht. Auf der anderen Seite raffelt Marschall Foch mit jedem Tage deutlicher mit dem Säbel, und Herr Clemenceau hat sich bereit, für die ungemein bezeichnenden Pöbeleien von Versailles ausreichende Gemütigung zu geben. Die Weltgeschichte hält den Atem an — diesmal darf man wohl mit Recht sagen, daß die Augen aller Erdbewohner voller Spannung nach Weimar gerichtet sind. Der Genius des deutschen Volkes, wie er in dem Doppelstandbild unserer größten Dichter vor dem Nationaltheater verkörpert ist, kann nur voll Trauer sein Haupt verhüllen, wie auch die Entscheidung da drinnen fallen möge. Als die Stadt Goethes und Schillers dazu bestimmt wurde, die deutsche Nationalversammlung in sich aufzunehmen, geschah es allerdings mit anderen Erwartungen, als sie jetzt grauhaft feste Gestalt angenommen haben. Aber der Wiederaufstieg unseres Volkes, wenn er überhaupt jemals wieder möglich sein wird, wird sich nur in dem Geiste von Weimar vollziehen können. Insofern wollen wir es immerhin als ein Zukunftssymbol hinnehmen, daß dort und nicht irgendwo anders jetzt die schicksalsschwere Entscheidung über Leben und Sterben des Deutschen Reiches gefällt werden soll.

Der Handel mit dem feindlichen Auslande. Der Oberste ökonomische Rat der Alliierten hat beschlossen, daß jede alliierte Macht für sich entscheiden soll, ob sie ihren Untertanen erlaubt, die privaten Handelsbeziehungen mit Deutschland innerhalb der bei der Blockade festgesetzten Einschränkungen wieder aufzunehmen.

Ja oder Nein?

Gegenfrage in Weimar.

Weimar, 19. Juni.

Die Sitzung des Kabinetts, die am Mittwoch früh 10 Uhr begonnen hatte und an der die Delegation vollständig teilnahm, erreichte erst in den ersten Morgenstunden des Donnerstag ihr Ende. Nachts 1/2 Uhr schloß die allgemeine Aussprache.

Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ergänzung der Mantelnote durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht geändert. Die Reichsregierung steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkt: Unerfüllbar und unerträglich. Endgültige Stellungnahme wird heute nach Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

Rückfrage an die Alliierten.

Es wird von zuständiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die technischen Schwierigkeiten der Beratung besonders groß sind, weil die von der Entente überreichten Korrekturen des ursprünglichen Vertragsentwurfs nur in einem Exemplar vorhanden sind. Bemerkenswert ist, daß in diesem korrigierten Friedensvertrag eine Reihe von Bestimmungen fehlen, die in der begleitenden Denkschrift angekündigt oder angedeutet sind. Es wird aus diesem Grunde eine Rückfrage nötig sein, um festzustellen, ob die Denkschrift, da ihre Bestimmungen auch in dem korrigierten Friedensvertrag nicht sämtlich vorhanden sind, ein besonderer Teil des ganzen Vertragswerkes werden soll.

Für und wider die Unterzeichnung.

Vor einem Regierungswechsel?

Die Entscheidung, ob der Vertragsentwurf in seiner neuen Fassung abgelehnt oder unterzeichnet werden soll, liegt bei den Mehrheitsparteien. Kommt die Regierung zu einem Entschluß, für den sie sich nicht auf eine namhafte Mehrheit stützen kann, so ist ihr Rücktritt unvermeidlich. In den Reihen der Mehrheitsparteien tritt, wie verlautet, jetzt eine starke Gruppe für die Unterzeichnung ein, und auch beim Zentrum sollen einige Abgeordnete — besonders aus dem von der Besetzung bedrohten Gebiet — sich für die Unterzeichnung entschieden haben. Es ist indessen immerhin möglich, daß sich auch innerhalb der jetzigen Mehrheitsparteien die Geister scheiden; daß also vielleicht die Sozialdemokraten für, die bürgerlichen Parteien gegen Unterzeichnung sind. Damit würde die heutige Regierungsmehrheit zerfallen. Auch dann dürfte eine Regierungskrise unvermeidlich sein. Sicher erscheint zur Stunde: fällt die Entscheidung für die Unterzeichnung ab, so werden außer Scheidemann und Brockdorff auch Landsberg, David, Giesberts, Dernburg und Gothein aus dem Kabinett scheiden müssen. Für Brockdorffs Nachfolge soll sich Erzberger bereit halten, aber man nennt auch Bernstorff, Noske und Hermann Müller, den Führer der Mehrheitsparteien. Eine solche Kabinetskrisis würde natürlich auch den Rücktritt der Friedensdelegation nach sich ziehen.

Ein Ausweg?

In politischen Kreisen Weimars verlautet, daß der Vorschlag gemacht werden würde, die deutsche Antwort auf dem Unterschied im Friedensvertrage aufzubauen